

Soziale Infrastruktur vor dem Aus?



Eine Umfrage des
Paritätischen 2022

**Dramatische Kostensteigerungen
gefährden den Bestand sozialer
Einrichtungen und Dienste**

Inhalt

I. Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse und Bewertung	2
II. Die Ergebnisse im Einzelnen:	3
1. Angaben zu den teilnehmenden Einrichtungen	3
2. Erwartungen zu Kostensteigerungen	4
3. Auswirkungen der Kostensteigerungen	6

I. Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse und Bewertung

Angesichts der massiven Kostensteigerungen im Bereich Energie hat der Paritätische Gesamtverband in seiner Mitgliedschaft eine Umfrage zu den Auswirkungen auf die sozialen Einrichtungen durchgeführt. Dass sich innerhalb von nur gut drei Wochen über 1300 Einrichtungen aus dem gesamten Bundesgebiet an der Umfrage beteiligt haben, ist ein Alarmsignal. Für soziale Einrichtungen stellen die aktuellen Preissteigerungen ein existentielles Risiko dar.

Dabei wird deutlich: mit den sinkenden Temperaturen geht es für viele soziale Einrichtungen diesen Winter um das Überleben. Rund 60 Prozent der befragten Einrichtungen rechnen damit, dass die Abschlagszahlungen für Strom diesen Winter um das 1,5 – 2fache höher ausfallen als bisher. In Bezug auf Abschlagszahlungen für Wärme sind die Befürchtungen noch drastischer – hier rechnen 26 Prozent damit, dass die Abschlagszahlungen diesen Winter um ca. das 3fache höher ausfallen; jede siebte der befragten Einrichtungen rechnet sogar mit noch höher ausfallenden Steigerungen. Dabei wird auch deutlich, dass die Kostensteigerungen nicht erst mittelfristig anfallen. Bei 28 Prozent stehen bereits diesen Monat (Oktober 2022) höhere Abschlagszahlungen für Strom an, für insgesamt 2/3 aller Einrichtungen (67 %) stehen die Abschläge zeitnah bis Januar 2023 an. In der Folge berichten 46 Prozent der teilnehmenden Einrichtungen, dass sie es maximal ein Jahr schaffen ihre

Angebote weiterzuführen. 90 Prozent der befragten Einrichtungen sehen ihre Einrichtung gefährdet.

Besonders gefährdet sind dabei gemeinnützige Angebote der Freien Wohlfahrtspflege. Sie finanzieren sich in der Regel aus vertraglich vereinbarten Entgelten, aus Zuwendungen und aus Spenden. Anders als in anderen Wirtschaftsbereichen können Träger im sozialen Bereich weder wachsende Kosten einfach weitergeben noch ihre Angebote reduzieren oder angesichts der besonderen Schutzbedürftigkeit der unterstützten Personen ihre Kosten deutlich senken, indem die Heizungen ausgedreht werden oder das Licht ausgeht. Von der Pflegeeinrichtung bis zur Kindertagesstätte, vom Krankenhaus bis zu den Tafeln brauchen gerade gemeinnützige soziale Dienste zusätzliche Unterstützung. Während der Betrieb staatlicher Einrichtungen aus Steuermitteln gewährleistet wird und große gewerbliche Träger regelmäßig Renditen erwirtschaften und daraus große Rücklagen bilden, ist das bei gemeinnützigen Trägern nicht der Fall. Sie erwirtschaften nur in geringem Umfang Gewinne und müssen diese zeitnah in gemeinnützige Zwecke reinvestieren. Rücklagen dürfen sie nur in begrenztem Umfang bilden. Diese Einschränkungen, die aus ihrer gemeinnützigen Ausrichtung folgen und die eine wichtige Voraussetzung dafür sind, dass so viele Menschen sich ehrenamtlich in diesen Organisationen

engagieren, machen gerade die gemeinnützigen sozialen Dienste besonders verwundbar. Gerade sie sind es jedoch, die in der Krise besonders gebraucht werden. Ihre Angebote sind nicht nur für die ihnen anvertrauten Menschen wichtig, sondern auch für die Aufrechterhaltung der sozialen Infrastruktur in der Fläche. Wenn Pflegeheime und Kindertagesstätten schließen müssten, hätte dies auch für andere Wirtschaftsbereiche massive Auswirkungen. Es gilt deshalb zu verhindern, dass gerade die besonders bürgernahen und gemeinnützigen Einrichtungen und Dienste als erste der Krise zum Opfer fallen.

Die Umfrage zeigt auch: die drastisch gestiegenen Gas- und Strompreise machen nur einen Teil der massiv gewachsenen Kosten aus. Zu den gestiegenen Energiekosten kommen die Preissteigerungen bei weiteren Sachkosten hinzu – insbesondere die gestiegenen Lebensmittel- und Spritkosten belasten die sozialen Einrichtungen. Etwas über 3/4 der befragten Einrichtungen (77 %) rechnen mit weiteren Kostensteigerungen, die auf sie zukommen.

Es überrascht vor dem Hintergrund auch nicht, dass 77 Prozent der Einrichtungen keinerlei Spielräume haben in regenerative Energien zu investieren. Sie haben deshalb keine Möglichkeiten, die Kosten kurzfristig durch technische Maßnahmen zu begrenzen, und sind weiteren Kostensteigerungen ausgeliefert. Das belegt die prekäre Finanzsituation gemeinnütziger Träger.

Die Umfrage zeigt, dass soziale Einrichtungen die massiven Kostensteigerungen nicht allein tragen können. Die diskutierte Strom- und Gaspreisbremse reicht ebenfalls nicht aus, weil soziale Organisationen ihre Angebote nicht einfach senken oder Kosten beliebig weitergeben können. Auch Mehrbelastungen von „nur“ 20 Prozent bei den Energiekosten werden für gemeinnützige soziale Dienste angesichts weiterer Kostensteigerungen zu einer existentiellen Gefährdung.

Bund und Länder müssen gemeinsam sicherstellen, dass die soziale Infrastruktur in der Fläche sichergestellt wird. Gerade gemeinnützige soziale Einrichtungen und Dienste brauchen zusätzliche Unterstützung und möglichst schnell Planungssicherheit, damit Angebotsschließungen verhindert werden können.

2. Die Ergebnisse im Einzelnen:

1. Angaben zu den teilnehmenden Einrichtungen

Die Umfrage fand in dem Zeitraum vom 21. September 2022 bis 17. Oktober 2022 online statt. Insgesamt haben sich 1366 Einrichtungen an der Umfrage beteiligt.

Die teilnehmenden Einrichtungen verteilen sich auf das ganze Bundesgebiet.

Die teilnehmenden Einrichtungen erstrecken sich über alle Tätigkeitsfelder sozialer Arbeit: Gesundheit und Pflege; Altenhilfe; Kinder-, Jugend- und Familienhilfe; Behindertenhilfe; Integrationsarbeit; Wohnungslosen-, Sucht- Schuldnerberatung; Kindertagesstätten; Frauenhäuser; Ehrenamtsförderung; kulturelle Bildung; Studierendenunterstützung usw.

Auch mit Blick auf ihre Finanzierungsart, Struktur und ihre Reichweite bilden die teilnehmenden Einrichtungen die Bandbreite sozialer Einrichtungen ab

- 35 Prozent der teilnehmenden Einrichtungen sind entgeltfinanziert, 19 Prozent zuwendungsfinanziert, 39 Prozent gemischt finanziert.
- Ein Drittel der teilnehmenden Einrichtungen hat weniger als 10 hauptamtliche Mitarbeiter*innen (35 %), ein weiteres knappes Drittel (31 %) hat zwischen 10 und 49 Mitarbeiter*innen, 22 Prozent haben 50 – 199 Mitarbeiter*innen und 11 Prozent mehr als 200 hauptamtlich Beschäftigte.
- In 33 Prozent der teilnehmenden Einrichtungen werden monatlich bis zu 49 Personen versorgt/ beraten/ betreut; 34 Prozent der Einrichtungen versorgen/ beraten/ betreuen bis zu 199 Personen und 30 Prozent mindestens 200 Personen pro Monat.

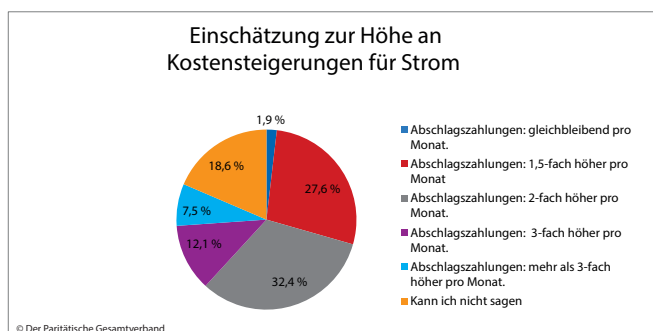
2. Erwartungen zu Kostensteigerungen

97 Prozent rechnen mit Kostensteigerungen für ihre Einrichtung im Bereich Strom und Wärme.

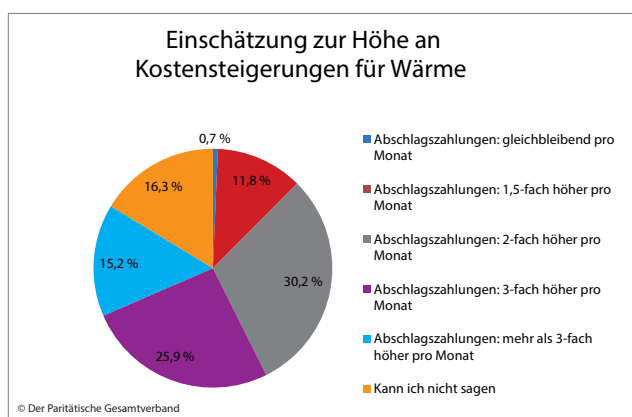
Rund 60 Prozent rechnen damit, dass die Abschlagszahlungen für Strom diesen Winter um das 1,5 – 2fache höher ausfallen als bisher. In Bezug auf Abschlagszahlungen für Wärme sind die Befürchtungen noch drastischer – hier rechnen 26 Prozent damit, dass die Abschlagszahlungen diesen Winter um ca. das 3fache höher ausfallen; 15 Prozent rechnen damit, dass die Abschlagszahlungen sogar um mehr als das 3fache höher ausfallen.

Es wird außerdem deutlich, dass die Kostensteigerungen unmittelbar anfallen. Bei 28 Prozent stehen bereits diesen Monat (Oktober 2022) höhere Abschlagszahlungen für Strom an, für 67 Prozent der Einrichtungen stehen die Abschläge zeitnah bis Januar 2023 an. Ähnlich ist das Bild bezüglich des Zeitpunkts der Kostensteigerungen für Wärmeversorgung: bei 35 Prozent fallen die höheren Kosten bereits jetzt, im Oktober 2022, an. Für 2/3 der Einrichtungen bis Januar 2023.

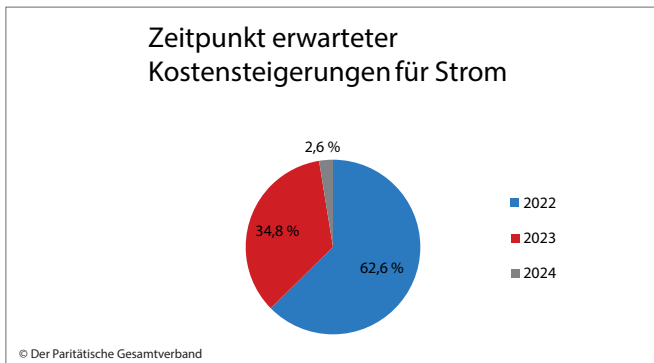
Frage: Ihrer Einschätzung nach: Mit welcher Höhe an Kostensteigerungen für Strom rechnen Sie ab dem Zeitpunkt der Erhöhung für Ihre Einrichtung?



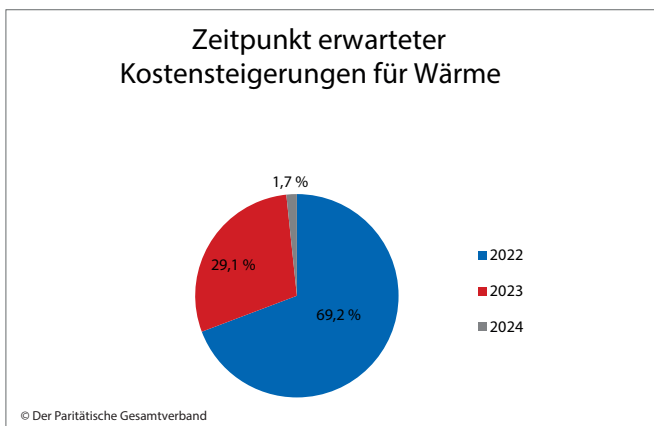
Frage: Ihrer Einschätzung nach: Mit welcher Höhe an Kostensteigerungen für Wärme (über Gas, Fernwärme, Öl oder Strom) rechnen Sie ab dem Zeitpunkt der Erhöhung für Ihre Einrichtung?



Frage: Ihrer Einschätzung nach: Ab wann rechnen Sie ungefähr mit Kostensteigerungen für Strom für Ihre Einrichtung?

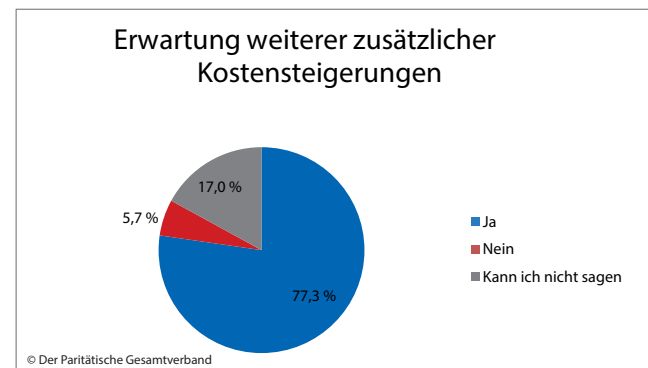


Frage: Ihrer Einschätzung nach: Ab wann rechnen Sie ungefähr mit Kostensteigerungen für Wärme (über Gas, Fernwärme, Öl oder Strom) für Ihre Einrichtung?



Zu den gestiegenen Energiekosten kommen die Preissteigerungen bei weiteren Sachkosten hinzu – insbesondere die gestiegenen Lebensmittel- und Spritkosten belasten die sozialen Einrichtungen, aber auch Preissteigerungen bei „normalen“ Arbeitsmaterialien bspw. In der Pflege. Dazu kommen Lohn- / Tarifsteigerungen, die von Seiten der Leistungsträger nicht refinanziert werden. 77 Prozent der befragten Einrichtungen rechnen mit weiteren Kostensteigerungen, die auf sie zukommen.

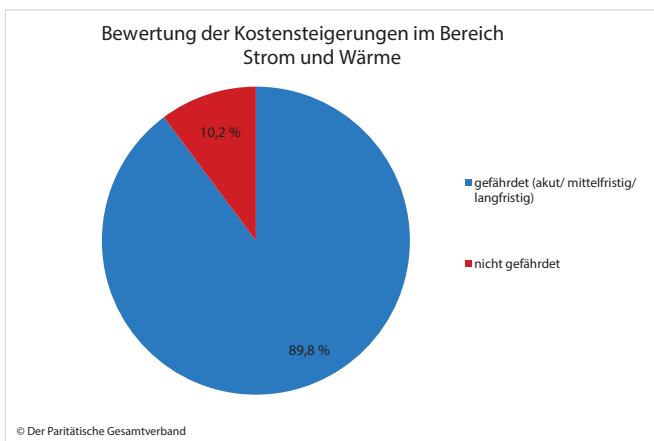
Frage: Rechnen Sie mit weiteren zusätzlichen Kostensteigerungen (neben Kosten für Strom und Wärme) für Ihre Einrichtung?



3. Auswirkungen der Kostensteigerungen

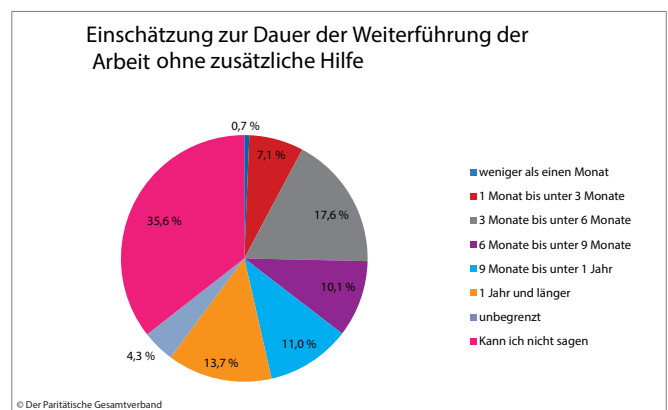
90 Prozent sehen ihre Einrichtung aufgrund der Kostensteigerungen im Bereich Strom und Wärme gefährdet, während nur 10 Prozent keine Gefährdung sehen (ohne Antwortkategorie „kann ich nicht sagen“).

Frage: Wie bewerten Sie die Kostensteigerungen im Bereich Strom und Wärme im Hinblick auf Ihre Einrichtung? Die Einrichtung ist durch die Kostensteigerungen:



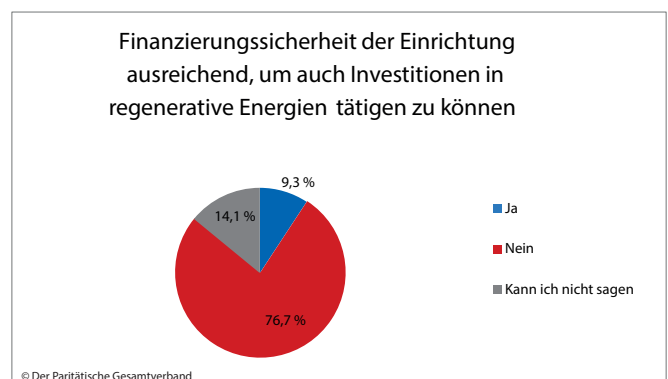
Auf die Frage wie lange die Einrichtungen ihre Arbeit angesichts der Kostensteigerungen im Bereich Strom/ Wärme ohne zusätzliche Hilfe weiterführen können ergibt sich ein bedrohliches Bild: ein Viertel der befragten Einrichtungen (25 %) könnte ihre Arbeit lediglich einen bis sechs Monate aufrecht erhalten, gut jede fünfte Einrichtung (21 %) würde lediglich sechs bis zwölf Monate schaffen.

Frage: Ihrer Einschätzung nach: Wie lange können Sie die Arbeit angesichts der Kostensteigerungen im Bereich Strom / Wärme ohne zusätzliche Hilfe weiterführen?



Es überrascht vor dem Hintergrund auch nicht, dass 77 Prozent keinerlei Spielräume haben in regenerative Energien zu investieren.

Frage: Ihrer Einschätzung nach: Reicht die Finanzierungssicherheit Ihrer Einrichtung aus, um Investitionen in regenerative Energien (z. B. Photovoltaik, Solarthermie) tätigen zu können?



Impressum

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e.V.
Oranienburger Str. 13-14
10178 Berlin

Telefon 030 24636-0
Telefax 030 24636-110

E-Mail: info@paritaet.org
Internet: www.der-paritaetische.de

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Gwendolyn Stilling

Redaktion:
Mara Dehmer
Dr. Joachim Rock
Greta Schabram

Gestaltung:
Christine Maier

Titelbild:
© spyrakot - Adobe Stock

21. Oktober 2022



Oranienburger Str. 13-14
10178 Berlin
Tel. 030 24636-0
Fax 030 24636-110

www.paritaet.org
info@paritaet.org